werktätigen Massen von der notwendigen Unterstützung der Textilproleten zu überzeugen.

Die RGO, Gruppe Textil, hatte, wie wir bereits berichteten, am Sonntag eine Konferenz der Betriebsdelegierten in Leipzig.

Am nächsten Sonntag findet in Chemnitz eine Konferenz der Delegierten aus allen Textilbetrieben in Sachsen statt, um zu den Kampfmaßnahmen im Landesmaßstab Stellung zu nehmen.

Die örtlichen Leitungen der RGO und der Partei haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Betriebe ihre Delegierten entsenden, um so die Voraussetzungen für eine umfassende Gegenoffensive zu treffen. Die Delegierten von den Leipziger Textilbetrieben beschlossen einen Kampfaufruf, der richtunggebend für die Aufgaben der RGO ist. Es gilt jetzt, mit ganzer Kraft, mit revolutionärem Pflichtbewußtsein die Verwirklichung dieses Kampfrufes in Angriff zu nehmen, das werktätige Sachsen zum Sturm gegen die Lohnräuber zu mobilisieren.

Die Delegierten der Textilarbeiter rufen!

Textilkampf organisieren!

Was ist zu tun?

Der Kampf der sächsischen Textilarbeiter gegen die Lohnrauboffensive muß zu einem gewaltigen Kampf der gesamten sächsischen Arbeiterschaft werden. Eine gute Organisierung dieser Bewegung ist entscheidend für den Sieg. Es genügt keineswegs, von der allgemeinen Generallinie des Kampfes überzeugt zu sein, sondern es ist notwendig, diese Generallinie in jedem Betrieb gegen alle Widerstände, Hindernisse und verräterischen Machenschaften der vereinigten Kräfte des Treibundes: Unternehmertum, Staatsgewalt und Gewerkschaftsbürokratie zu verwirklichen.

Wie muß der Streik organisiert werden? Die Betriebszelle der KPD ist der führende politische Ratgeber der Belegschaft. Der Zellenkopf muß in dieser Zeit jeden Tag zusammentreten, um zu den entscheidenden Fragen Stellung zu nehmen. Die Tätigkeit der KPD-Betriebszelle kann durch keine während des Kampfes geschaffene Funktionärkörperschaft ersetzt werden, auch nicht durch den vorbereitenden Kampfausschuß. Dieser stellt das einheitliche Führerorgan der gesamten Belegschaft dar. Der vorbereitende Kampfausschuß, der bei Ausbruch des Streiks sich in die Streikleitung umwandelt, mobilisiert heute schon alle Kräfte, um die Durchführung seiner Beschlüsse zu ermöglichen. Der Kampfausschuß muß in einer Belegschaftsversammlung gewählt werden und muß sich aus den Vertretern der verschiedenen Abteilungen des Betriebes, aus Arbeitern, Arbeiterinnen, Jugendlichen und Angestellten zusammensetzen. Er teilt sich sofort in verschiedene Kommissionen auf, die sind: Politische Kommission, Solidaritätskommission, Agitations-, Finanz-, Streikschutz-, Jugend- und Arbeiterinnenkommission. Alle diese Kommissionen können nur arbeitsfähig gestaltet werden, wenn die engere Leitung des Kampfausschusses die breiteste Masseninitiative für die Durchführung der von ihr gestellten Aufgaben organisiert und furchtlos weitestgehend alle Kräfte zur Mitarbeit heranzieht. Der vorbereitende Kampfausschuß stellt ein betriebliches Kampfprogramm auf und unterbreitet es einer Belegschaftsversammlung. Er nimmt sofort die Verbindung mit den Erwerbslosengruppen, der RH und der IAH auf und spricht in den Versammlungen dieser Gruppen über den Kampf, um diese Gruppen zum Einsatz aller Kräfte für die Bewegung zu bekommen. Sammellisten, Streiklokale müssen von dem Kampfausschuß schon jetzt beschafft werden.

Die RGO-Betriebsgruppe muß als besonders aktiver Körper während der Vorbereitung des Streiks und im Streik selbst in Erscheinung treten. Die RGO-Betriebsgruppe ist die Organisation der Belegschaften, das breiteste Rückgrat und muß erreichen, daß die Arbeiter in ihr die einzige revolutionäre Vertretung ihrer Betriebsinteressen sehen und sich der RGO als Mitglieder anschließen. Jeden Tag muß durch Betriebstelegramme, kleine Handzettel und Flugblätter die Arbeiterschaft von der Lage unterrichtet werden.

Die roten Betriebsräte sind für die Streikreifmachung der Belegschaft ausschlaggebende Spitzenfunktionäre. Wo rote Betriebsräte die Mehrheit im Arbeiterrat haben, fassen sie sofort Beschlüsse, die in der Linie der höchsten Mobilisierung der Belegschaft nach den Beschlüssen des vorbereitenden Kampfausschusses liegen. Offen treten sie vor der Belegschaft als Funktionäre des Kampfausschusses auf und müssen an der Spitze stehen, wenn der Kampfausschuß das Signal zur Aufnahme des Kampfes gibt.

Die roten Betriebsräte müssen jeden Anhaltspunkt, der sich aus ihrer Tätigkeit gegenüber dem Unternehmer und den reformistischen Betriebsräten ergibt, zur Mobilisierung der Massen ausnutzen. Dabei haben sie jede Verhandlung über Lohnherabsetzung abzulehnen, jeden Versuch, den Lohnraub durchzuführen, müssen sie sofort mit der Aufrufung der Belegschaft zum Streik beantworten, sie müssen Vollbelegschaftsversammlungen einberufen, in der Vertreter der RGO, der Erwerbslosen und der IAH sprechen.

Mit einer oder mehreren Belegschaftsversammlungen kann keineswegs alles zur Mobilisierung des Streiks getan sein. Die revolutionären Vertrauensleute in den einzelnen Abteilungen des Betriebs müssen jeden Tag eine aktive Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit leisten, in den Abteilungsbelegschaftsversammlungen die Forderungen des Kampfausschusses propagieren und die Organisierung der Arbeiter in der RGO vornehmen.

Die gewaltige Zahl jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie erfordert die besondere Abhaltung von Jungarbeiterversammlungen, wo die Jugend für die Durchsetzung der speziellen Jugendforderungen gewonnen werden muß.

In den Betrieben, wo die RGO schwach ist, wo keine roten Betriebsräte vorhanden sind, müssen die Straßenzellen der Partei, die RGO-Betriebsgruppen der Nachbarbetriebe, die Erwerbslosengruppen und die Staffeln des Kampfbundes von außen her den Betrieb bearbeiten. Das Bilden von Klebekolonnen, Kreidekolonnen ist ihre Aufgabe, ebenfalls die Einberufung von Hausfrauenversammlungen, die Durchführung der Sammlungen für die Streikenden.

Sobald der Lohnraubschiedsspruch heraus ist, heißt es, vom Betriebsrat bis zum Vertrauensmann, vom kommunistischen bis zum sozialdemokratischen Kampfausschußmitglied, von der mündlichen bis zur schriftlichen Proklamierung des Streiks durch einen Aufruf, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um sofort eine vollständige Arbeitsniederlegung der gesamten Belegschaft zu erreichen. Geschlossen marschieren die Belegschaften vom Betrieb in die Streikversammlungen, wo sofort die Aufstellung von Massenstreikposten vorgenommen wird.

Erfüllen alle RGO-Funktionäre und RGO-Anhänger, Parteimitglieder und revolutionären Arbeiter diese wichtigen Punkte zur Auslösung und Durchführung des Streiks, so wird es den Textilbaronen nicht gelingen, ihre schändlichen Lohnraubpläne zu verwirklichen, vielmehr wird der Kampf zu einer gewaltigen Stärkung der revolutionären Front führen.

Die Sturmsitzung im Reichstag

Die sozialfaschistischen Brüning-Lakaien im Trommelfeuer der Brandmarkung

Berlin, 9. Februar. (Eigener Bericht.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Gen. Stoecker das Wort. Er erklärt, der Antrag Rauch (Bayr. Vp.), wonach alle vorher dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesenen Anträge auf Immunitätsaufhebung dem Ausschuß wieder entzogen und direkt im Plenum erledigt werden sollen, sei unzulässig und geschäftsordnungswidrig. Der Antrag Rauch, durch den die kommunistischen Abgeordneten vogelfrei werden sollen, müsse also abgesetzt werden.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) beantragt Vertagung der Sitzung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit.

Präsident Löbe führt die Entscheidung über die Beschlußfähigkeit durch Stimmkarteneinsammlung wie bei einer namentlichen Abstimmung herbei.

Als Ergebnis der Auszählung stellt Präsident Löbe fest, daß 276 Karten abgegeben sind, also die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl 289 nicht erreicht ist.

Präsident Löbe beraumt sofort eine neue Sitzung auf 16 Uhr an mit der gleichen Tagesordnung.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) verlangt den sofortigen Zusammentritt des Aeltestenrats und die Vertagung der Sitzung. Er bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit, so daß die Auszählung wiederholt werden muß.

Die Auszählung, an der sich diesmal auch die meisten Landvolk-Abgeordneten beteiligen, ergibt die Anwesenheit von 291 Abgeordneten.

In einfacher Abstimmung werden die Anträge auf Vertagung und auf Absetzung des Antrags Rauch in Einheitsfront von Hilferding bis Graf Westarp abgelehnt.

Das Haus tritt nun in die Beratung des Antrags Bell (Ztr.) auf Aenderung der Geschäftsordnung ein. Der Antrag ist von allen Brüning-Diktaturparteien und den Sozialdemokraten unterstützt.

Zunächst entwickelt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Redezeit. Präsident Löbe schlägt provokatorisch ¾ Stunde Redezeit für jede Fraktion vor. Genosse Stoecker beantragt 2 Stunden Redezeit. Ueber diesen Antrag wird namentlich abgestimmt.

Es folgen dann weitere namentliche Abstimmungen zur Redezeit, so daß die Beratungen stundenlang verschleppt werden.

Schließlich beantragt Esser (Ztr.), den § 105 der Geschäftsordnung anders als bisher üblich anzuwenden und alle namentlichen Abstimmungen abzuwürgen. (Stürmische Gegenkundgebungen.)

Genosse Torgler protestiert scharf gegen den Vorschlag Esser und bezeichnet ihn als weiteren Anschlag gegen die Opposition.

Abg. Bell (Ztr.), der den Antrag Esser begründen will, wird durch ständige Protestaktionen am Reden verhindert.

Abg. Esser (Ztr.) erklärt dann, er ziehe seinen Vorschlag nicht zurück. (Stürmische Pfuirufe, Zuruf: „Ein Provokateur.")

Schließlich gelingt es wenigstens die einstündige Redezeit durchzuwürgen.

Zentrumsredner spricht im Namen der Sozialdemokratie

Zur Begründung des Antrags auf Aenderung der Geschäftsordnung erhält dann nach dreistündiger Geschäftsordnungsdebatte der Abg. Bell (Ztr.) das Wort. Bell erklärt, daß er

im Auftrage sowohl der Regierungsparteien wie der Sozialdemokraten spreche

und die Veränderung der Geschäftsordnung verteidigen wolle. Als er dann mit seinen Ausführungen beginnt, setzt heftiger Protest der Kommunisten ein. Bell ist im Tumult nicht zu verstehen. Als Löbe die ersten Ordnungsrufe gegen kommunistische Abgeordnete erteilt und mit Ausschlüssen einzelner Genossen droht, ändern die Kommunisten ihre Obstruktionstaktik und beginnen mit immer lauter werdendem Gebrumme. Schließlich weist Löbe den Genossen Muhsal auf 3 Tage aus dem Reichstag. In diesem Moment springt Genosse Walter auf die Rednerbühne und überreicht Löbe einen Tschako und einen Gummiknüppel. Ein unbeschreiblicher Tumult entsteht. Die Kommunisten erheben sich von den Plätzen und klatschen Beifall. Kreideblich erhebt sich Löbe und ruft einen Diener, der dann vom Präsidentenpult Tschako und Gummiknüppel abholt. Die Beifallskundgebungen der Kommunisten wiederholen sich, als der Diener noch einmal Gummiknüppel und Tschako in die Höhe hält. Löbe scheint rasend zu werden. Er verkündete den Ausschluß des Genossen Walter auf 14 Tage. Neue stürmische Zurufe der Kommunisten setzen ein. Löbe erteilt andauernd Ordnungsrufe und schließt den Genossen Kreuzburg auf 8 Tage von der Sitzung aus.

Dann erst kann Dr. Bell mit seinen Ausführungen beginnen.

Acht Groschen für Dittmann

Als dann der Sozialdemokrat Dittmann zur Präsidententribüne rennt, um einige kommunistische Abgeordnete zu denunzieren, kommt es zu einem neuen Zwischenfall. Genosse Putz stellt sich vor Dittmann hin, zieht sein Portemonnaie aus der Tasche und legt ihm acht einzelne Groschen auf den Tisch. Die Kommunisten klatschen stürmischen Beifall. Dittmann wird käseweiß und fragte: „Was soll ich mit dem Geld?" Genosse Putz antwortete: „Das ist Ihr Lohn! Sie können es einstecken." Dittmann schmiß die acht Groschen weg, aber die kommunistischen Abgeordneten legten das Geld wieder auf seinen Platz. Einige Zeit später ließ Dittmann durch einen Reichstagsdiener den Genossen Putz die acht Groschen zurückbringen. Aber Genosse Putz sagte dem Diener: „Das Geld gehört nicht mehr mir. Bringen Sie es bitte Herrn Dittmann zurück." Das tat der Reichstagsdiener und so ist

Dittmann wirklich im Besitz der acht Groschen, die, wenn er sie nicht selbst braucht, wenigstens dem Spitzelfonds der Severingschen Polizei zur Verfügung stellen kann.

Nachdem Dr. Bell von der Rednertribüne verschwunden war, meldet sich für die kommunistische Fraktion Genosse Schumann zum Wort und beantragt den Schluß der Beratung. Das wird abgelehnt. Dann geht Genosse Stoecker zur Rednertribüne und verlangt das Wort zur Geschäftsordnung. Wild geworden, ruft widerte Löbe: „Das Wort zur Geschäftsordnung gibt's nicht mehr!" Darauf neuer Tumult bei den Kommunisten und Zurufe

„Hausknecht Brünings!" „Pilsudski-Methoden!"

Genosse Torgler rechnet mit den Brüning-Lakaien ab

Im weiteren Verlauf sprach Genosse Torgler, der sich scharf gegen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen wandte. Er kennzeichnete ihre Kritik an der Geschäftsordnungsfrage als heuchlerisch, denn in Thüringen haben die Nationalsozialisten wiederholt die kommunistische Presse verboten und die Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten durchgesetzt. Dann befaßte sich Genosse Torgler mit der Frage des „Vorwärts" an die Kommunisten,

ob die Brüning-Regierung nicht besser sei als eine nationalsozialistische Regierung.

Genosse Torgler stellte die Frage: Was ist überhaupt Faschismus? und erklärte: Klassenmäßig gesehen ist Faschismus in Deutschland die brutalste Herrschaft der Schwer- und Finanzkapitalisten. Worin unterscheidet sich das Programm der Brüning-Diktatur von dem Programm der Mussolini, Pilsudski, Hitler? Genosse Torgler beantwortete unter Beifall der kommunistischen Fraktion die Frage, daß die Regierung Brüning eine Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur ist. Brüning bedient sich der Nationalsozialisten bereits zur Durchführung dieses Programms in Thüringen, Braunschweig und den Kommunen. Brüning wird auch die Nationalsozialisten in die Reichsregierung hineinbeziehen, wenn es die Situation erforderlich macht. Genosse Torgler wendet sich sodann scharf gegen die Methode der Sozialdemokratie, die Aenderung der Geschäftsordnung als „technische Maßnahme" hinzustellen. Er wies nach, daß bereits im Jahre 1925 und 1929 die Geschäftsordnung verschärft wurde, immer bei Gelegenheiten, wo ein neuer Faustschlag auf die Taschen der Werktätigen geplant wurde. Genosse Torgler schloß seine wirkungsvollen Ausführungen mit dem Ruf:

„Die Schlinge, die die sozialdemokratische und bürgerlichen Parteien den Kommunisten um den Hals legen wollen, werden wir eines Tages ihnen selbst zuziehn.

Wir sagen ihnen: Zu keiner Zeit wird die Kommunistische Partei innerhalb und außerhalb des Parlaments darauf verzichten, die Forderungen aller Werktätigen zu vertreten. Wir werden nicht stumm zu kriechen und diejenigen, die heute glauben, Sieger zu sein, werden schon übermorgen die Geschlagenen sein. Wir sind das Proletariat! Mit uns der Sieg!"

Nach den Reden der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten appellierte Genosse Wilhelm Koenen an die sozialdemokratischen Arbeiter. Morgen werden die sozialdemokratischen Arbeiter fragen: Was haben denn unsere Vertreter bei der wichtigen Debatte über Demokratie und Faschismus gesagt? Man wird ihnen antworten müssen: Sie haben

nicht einmal mit dem Maul die Demokratie verteidigt, die einzige Fraktion, die in der Debatte geschwiegen hat. Die sozialdemokratischen Führer sind offen eingeschwenkt in die Front des Faschismus.

Aber die sozialdemokratischen Arbeiter werden den Weg gemeinsam mit den Kommunisten für die wirkliche Arbeiterdemokratie, für die proletarische Diktatur beschreiten. (Stürmischer Beifall bei den Kommunisten.)

Dann wurde unter stürmischen Tumult mit 301 gegen 17 Stimmen beschlossen, über den Oppositionsantrag zur Tagesordnung überzugehen. Bei der Abstimmung über den Antrag Paragraphen der Verschlechterung der Geschäftsordnung wurde die verschiedenen Bestimmungen mit 293 Stimmen angenommen. Die Kommunistische Partei hatte zur Obstruktion den Saal verlassen. Die Sitzung dauerte bei Abschluß des Berichts um 23 Uhr noch an.

Freche Provokation der Arbeitermörder

Goebbels ruft zur Nazi-Demonstration im Lustgarten auf — Das rote Berlin wird zu antworten wissen

Berlin, 10. Febr. (Eig. Drahtmeldung.)

Wenige Tage nach dem Marsch der roten Einheitsfront gegen die nationalsozialistischen Mörder wagt die Partei der Arbeitermörder eine freche Provokation. Die Nationalsozialistische Partei ruft für kommenden Sonntag den 15. Februar, 11 Uhr vorm., zu einer Demonstration im Lustgarten auf. Diese erste Lustgarten-Demonstration der Nationalsozialisten kann von der Berliner Arbeiterschaft und allen Werktätigen nur als frecher Bekenntnis der faschistischen Kapitalsknechte zu neuen Arbeitermorden empfunden werden. Zu dieser Demonstration wird ein Flugblatt herausgegeben, das wahnsinnige Beschimpfungen gegen hunderttausende Berliner Arbeiter und eine offene Billigung des Mordes an den Genossen Grünberg und Schirmer enthält. Die Arbeiter Berlins werden am kommenden Sonntag zu Hunderttausenden zeigen, wie das rote Berlin auf eine Arbeitermörderdemonstration auf proletarische Art zu antworten versteht.

Steuergeschenke an die Millionäre

Genosse Torgler beleuchtet die Steuerschiebungen der Schwerindustrie

Berlin, 8. Februar. (Eig. Bericht.)

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministers nahm Genosse Torgler Anlaß, die Art der Steuereintreibung in Deutschland zu charakterisieren. Er betonte, daß bei den Arbeitern, den Beamten, den kleinen Bauern und dem kleinen Mittelstand in rigoroser Weise die Steuern eingetrieben werden. Die Zahl der Pfändungen bei den Minderbemittelten steigt ständig erhöht. Dagegen aber hat die Regierung den Millionären, den Schwerindustriellen und Finanzbossen Geschenke gemacht in einem Umfange, wie nie zuvor. Genosse Torgler konnte mitteilen, daß nach den Berichten der amtlichen Tuchpresse

von 175 Millionen Reichsmark allein im Laufe des letzten Jahres über 50 Prozent erlassen

wurden. So z. B. haben direkte Steuererlasse in gewissem Umfange bekommen die Firmen Orenstein u. Koppel und die [illegible]. In diesem Zusammenhang forderte Genosse Torgler nach [illegible] die Offenlegung der Steuerlisten. Bekanntlich wurde [illegible] im vergangenen Jahre mit Hilfe der Sozialdemokraten abgelehnt. Um die offensichtlichen Steuerschiebungen zu verhindern, hat nunmehr die Regierung festgelegt, daß eine Denkschrift über die Frage der Offenlegung der Steuerlisten ausgearbeitet werden soll. Es ist eine Schande, wie man das Elend der Massen noch verhöhnt.

Schwere Niederlage der SPDe

TU meldet aus Wien: Am Sonntag fanden in der Hauptstadt Kärntens, Klagenfurt, Gemeinderatswahlen statt. Der Zuwachs der nationalsozialistischen Stimmen beträgt gegenüber den Novemberwahlen in den Landtag fast 1000 Stimmen. Das ist ein Zuwachs um ein Drittel. Die Sozialdemokraten haben rund 1000 Stimmen verloren, die christlichen Demokraten haben etwas zugenommen. Bemerkenswert ist die Zunahme der kommunistischen Stimmen von 174 auf 445.